

Rede

von Innenministerin Madalena Finke

Innen- und Rechtsausschuss

**TOP 1: Bericht der Landesregierung über den in der
„Nachschiebeliste“ vorgesehenen
Personalaufwuchs in den Bereichen Landespolizei
und Verfassungsschutz.**

Landeshaus, 26.11.2025

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

ich danke Ihnen für die Möglichkeit, heute noch einmal zu einem Punkt zu berichten, der mir persönlich sehr wichtig ist. Dem **vorgesehenen Personalaufwuchs in den Bereichen Landespolizei und Verfassungsschutz.**

196 zusätzliche Kolleginnen und Kollegen – der größte Personalzuwachs in dieser Legislatur. Sie sollen sich künftig vor allem um Sabotage, Spionage, Drohnen und Cyberkriminalität kümmern. Wir stärken damit die innere Sicherheit in einer Zeit höchster Anforderungen an unsere Sicherheitsbehörden.

I. Landespolizei

Lassen Sie mich zunächst mit dem Stellenaufbau bei der Landespolizei beginnen:

Die Landespolizei steht vor einer Vielzahl neuer und zugleich wachsender Herausforderungen.

Globale Krisen, geopolitische Konflikte, technische Entwicklungen und die zunehmende Vernetzung von Kriminalität und Extremismus führen dazu, dass

Bedrohungen komplexer, dynamischer und schwerer vorhersehbar werden. Diese Entwicklungen betreffen nicht nur klassische Einsatzlagen, sondern insbesondere auch digitale Räume, hybride Angriffsformen und die gezielte Einflussnahme auf unsere Gesellschaft und staatliche Strukturen.

Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, ist ein konsequenter und vorausschauender Ausbau der personellen Ressourcen unverzichtbar.

Wir müssen auf die aktuellen Bedrohungen reagieren und gleichzeitig die Einsatzfähigkeit und Präsenz der Polizei stärken. Es geht hier nicht allein um die Schaffung zusätzlicher Ermittlungs- und Analysekapazitäten im Bereich Cyberkriminalität, sondern ebenso um die Abwehr hybrider Bedrohungen, die Sicherstellung einer leistungsfähigen Ausbildung, die Entlastung von Einsatz- und Ermittlungsbereichen durch

qualifiziertes Tarifpersonal sowie den gezielten Ausbau der Einstellungen von Nachwuchskräften.

1. Abwehr hybrider Bedrohungen

Die Abwehr hybrider Bedrohungen hat mit Beginn des russischen Angriffskrieg auf die Ukraine erheblich an Bedeutung gewonnen.

Die Bekämpfung von Spionage (u.a. mittels Drohnen) und Sabotage zum Nachteil von militärischer und kritischer Infrastruktur sowie die in diesem Kontext speziell notwendige Verzahnung von polizeilicher Gefahrenabwehr, Strafverfolgung und technischer Analyse rückt immer stärker in den Fokus.

Insbesondere die Bedrohung durch Drohnen macht eine Erweiterung der entsprechenden polizeilichen Fähigkeiten unabdingbar;

dies betrifft die Drohnendetektion, die Verifikation sowie die Schaffung geeigneter Interventionsmöglichkeiten. Neben der Anschaffung technischer Geräte (Sachausstattung) spielen in diesem Zusammenhang vor allem der weitere Aufbau der Einsatzfähigkeit (Bedienung und Wartung / Instandhaltung von Technik) eine tragende Rolle. Ein Aufwuchs von Personal in diesem Bereich ist daher nicht nur konsequent, sondern auch faktisch alternativlos.

Darüber hinaus müssen wir den Staatsschutzbereich des LKAs im Bereich der Spionage enorm stärken. Entsprechende Ermittlungsverfahren sind dabei besonders herausfordernd, da diese Verfahren oft langwierig und komplex sind. Zudem erfordern sie eine enge Zusammenarbeit zahlreicher Partner und binden erhebliche personelle Ressourcen.

Für den Bereich Spionage/Sabotage sollen 40 Stellen und für den Bereich der Drohnendetektion und -abwehr 16 neue Stellen eingerichtet werden. Dies bedeutet, dass wir mit 56 Planstellen und Tarifstellen den Bereich der Abwehr hybrider Bedrohungen deutlich stärken können.

2. Cyberkriminalität

Die stetig steigenden Bedarfe im Bereich der Cyberermittlungen und -analyse machen es notwendig, den begonnenen Aufbau einer sogenannten Cyber-Hundertschaft fortzusetzen.

Der konsequente Aufbau der Cyber-Hundertschaft soll mit 18 neuen Stellen für spezialisierte Fachinformatikerinnen und Fachinformatiker erweitert werden, um die Schlagkraft bei digitalen Ermittlungen und der Bekämpfung von Cyberkriminalität zu verbessern.

Sie sind für die Analyse digitaler Spuren, die Bekämpfung von Online-Kriminalität und die Sicherung digitaler Beweismittel unverzichtbar.

Zu diesem Zweck sind in der NSL 18 Stellen vorgesehen und im Jahr 2027 sollen weitere 18 neue Planstellen folgen.

Diese Stellen sollen vor allem die Kriminalpolizei vor Ort unterstützen. Hiermit reagieren wir auf die Zunahme technischer Anforderungen bei der Führung von Ermittlungsverfahren und den aufwachsenden Aufgabenbereich zur Unterstützung von Ermittlerinnen und Ermittlern in der Fallbearbeitung.

3. Entlastung der Einsatz und Ermittlungsbereiche

Um den steigenden Bedarfen der Kriminalpolizei bei der Bearbeitung einfach gelagerter Sachverhalte und bei der Erfassung von Meldungen zu potentiell strafrechtlich relevanten (Online-)Verstößen kurzfristig zu begegnen, sollen die Standardisierte Sachbearbeitung, die Online-Wache und die Digitale Eingangsstelle personell mit Tarifbeschäftigten verstärkt werden, damit

Vollzugsbeamtinnen und -beamte für qualifizierte Ermittlungsarbeit freigesetzt werden können.

Ebenso sind in den letzten 3 Jahren pro Jahr ca. 32.000 Anzeigen über die Onlinewache der Landespolizei eingegangen, Tendenz leicht steigend.

Hier wird die Aufgabe darin bestehen, werthaltige Anzeigen, z. T. mit Gefahrenüberhang, bei denen sofortiges Handeln im Rahmen der Gefahrenabwehr

zwingend notwendig ist, von Eingaben zu unterscheiden, die nicht einmal strafrechtlich relevant sind.

Für die Entlastung der Einsatz- und Ermittlungsbereiche sind insgesamt 16 neue Stellen für den Haushalt 2026 vorgesehen.

4. Fahrschule PD AFB

Die Fahrschule der PD AFB verfügt über drei Personalstellen für Fahrlehrerinnen und Fahrlehrer, diese soll um einen weiteren Fahrlehrer erweitert werden, um Fortbildungen zur Erlangung der Fahrerlaubnisse der Klassen A, BE, CE und D für das Einsatzpersonal des Einzeldienstes und der Einsatzhundertschaften zu verstärken.

5. Anwärter/ struktureller Mehrbedarf

Eine noch nicht abgeschlossene Analyse des Landespolizeiamtes ergibt bereits jetzt, dass die Belastungen im Einsatz- und Ermittlungsbereich stetig steigend sind und drei Pden (Ratzeburg, Segeberg und Flensburg) einen Mehrbedarf haben. Um die Einsatzfähigkeit der Landespolizei und die Präsenz in der Fläche zu verbessern, muss auch die Schutzpolizeiverstrkt werden.

Die o. a. Analyse soll im Jahr 2026 abgeschlossen werden, wenn die erforderlichen Daten aus dem Jahr 2025 vorliegen und implementiert sind. Die abschließende Berechnung wird lediglich geringfügige Anpassungen hervorbringen. Schon jetzt ist aber deutlich erkennbar, dass die drei genannten PDen mit insgesamt 73 Vollzugsplanstellen zusätzlich auszustatten sind.

Um hier frühzeitig zu reagieren sind 100 zusätzliche Einstellungen von Anwärtnerinnen und Anwärtern im Haushaltsjahr 2026 vorzunehmen.

Nach Abschluss der Ausbildung im Jahr 2029 sollen 73 neue Planstellen für Vollzugsbeamtinnen und -beamte bereitgestellt werden.

II. Verfassungsschutz

Ich komme nun noch zum Bereich des
Verfassungsschutzes:

Um auch den Verfassungsschutz im Bereich
Spionage/Sabotage zu stärken, sind 5 zusätzliche
Stellen für die Abteilung Verfassungsschutz im
Innenministerium vorgesehen.

Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.